

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 47 (1968)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Vietnam in den Kordillern?  
**Autor:** Grobe, Karl  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-347346>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

lässt und somit einen dämpfenden Einfluss auf seine Expansionslust ausübt. Gerade die Investitionsfreudigkeit der vergangenen Jahre zeigt aber, wie wenig die Diagnose der Lohninflation angebracht ist. – Damit soll nun wiederum nicht gesagt sein, dass der Preisauftrieb lediglich von der Nachfrage-seite her erfolgte. Es ist ohne weiteres möglich, dass die Arbeitnehmerseite bei ihren Lohnverhandlungen nicht nur eine Kompensation der gestiegenen Lebenshaltungskosten und des Produktivitätsfortschritts fordern, sondern auch die zukünftig zu erwartende Geldentwertung schon heute berücksichtigt sehen wollen. Dies führt dann in der Tat zu Preiserhöhungen, die teilweise durch die den Produktivitätsfortschritt überschreitenden Reallohnverbesserungen induziert sind. Es ist andererseits offensichtlich, dass die Symptome, die heute auf eine Nachfrage-Inflation hinweisen, *bei weitem überwiegen*.

*Karl Grobe*

## **Vietnam in den Kordilleren ?**

Ganz Lateinamerika hört auf Havana – mit diesem Satz lässt sich das erwünschte Ergebnis der Konferenz in der kubanischen Hauptstadt am ehesten umschreiben. Teils geängstigt und besorgt, teils auch zu neuen Taten angespornt, beobachtete der Kontinent zwischen Mexiko und Feuerland in der Tat in der Woche vom 31. Juli bis 5. August die Konferenz.

Wenn es sich um bedeutende politische Kräfte gehandelt hätte, die sich unter Fidel Castros wachsamem Augen versammelten, wäre diese Aufmerksamkeit noch eher berechtigt gewesen, denn die OLAS (Organización Latino-Americana de Solidaridad) forderte nichts weniger als die Revolution auf dem ganzen Kontinent. «In Südamerika müssen viele neue Vietnams entstehen!» So beschwor Fidel Castros ehemals engster Mitarbeiter, der argentinische Arzt und Revolutionär Ernesto («Che») Guevara Serna, von seinem Versteck in den Anden aus die OLAS-Konferenz. Sein Wort wurde zum Motto der Tagung. Auch wenn Moskau zu bremsen versuchte und dabei taktische Siege in einzelnen Resolutionen erringen konnte – eine gewisse Zahl von Moskau zuneigenden Kommunisten war auch diesmal dabei –, so waren doch die fidelistischen Bestrebungen zur Unabhängigkeit von allen anderen Zentren der Revolution unverkennbar.

Die Verbindung zwischen den Revolutionen im Norden und im Süden

versuchte der nordamerikanische farbige Studentenführer Stokely Carmichael zu schaffen. «Die amerikanischen Neger», erklärte er in Havana, «haben keine andere Wahl als die der bewaffneten Gewalt, um ihr Ziel, die Selbstregierung in den vorwiegend von Farbigen bewohnten Gebieten, zu verwirklichen. Auch Newark, auch Detroit ist Vietnam!»

Nur auf den ersten Blick klingen diese Worte unwahrscheinlich. Unterschätzen sollte man sie nicht. Nur wenige Tage vorher, als Carmichael bereits auf dem Wege nach Havana war, hatte eine Konferenz der «Black-Power»-Bewegung in Newark ganz ähnliche Forderungen gestellt.

Doch der umfassende, permanente revolutionäre Aufstand ist bisher dort nur in den Köpfen der radikalen Führer Wirklichkeit geworden. Detroit und Newark sind Ausbrüche der Verzweiflung über zu langsamen Fortschritt, über unerträgliche Lebensbedingungen in den Slums des reichsten Landes der Erde, über Unzufriedenheit mit den bisherigen Bürgerrechtlern und der Bundesregierung gewesen; der anhaltende Bürgerkrieg, das nordamerikanische «Vietnam» ist noch weit.

In den Hochebenen Boliviens aber findet die Revolution bereits statt. In den Zinngebieten von Oruro und Huanuni lehnen sich die Bergleute erneut gegen die Militärdiktatur des Generals René Barrientos Ortuño auf. Barrientos hatte mit Waffengewalt im Frühjahr 1965 die Macht übernommen. Der Führer der Bergarbeitergewerkschaft und ehemalige Vizepräsident Juan Lechin musste Hals über Kopf die Stellung räumen; sein Ansehen unter den 26 000 gewerkschaftlich Organisierten, die das Rückgrat der bolivianischen Exportwirtschaft beherrschen, konnte auch Barrientos Knüppelgarde nicht brechen.

Immerhin begannen die Regierenden von La Paz zu zittern, als vor Jahresfrist Lechin illegal über die Grenze zurückkehrte; selbst die Gefahr, dass er unter den Bedingungen einer Militärdiktatur eine Wahl gewinnen könnte, schien den Herrschenden real genug.

Nach der Nationalisierung der Zinnminen Anfang der fünfziger Jahre hatte Lechin die Löhne der Bergarbeiter stark anheben lassen. Das trug ihm die Sympathien der Hochlandbewohner ein. Dennoch blieb das Ergebnis dieser Massnahme zweischneidig: Die Minen Boliviens arbeiten nicht gerade rentabel; die Transportwege über die chilenische Grenze zur Küste sind schwer zu bewältigen und unzureichend ausgebaut; den USA in der Ära Eisenhower-Dulles passte ein sozialistisches Experiment in den Kordillern nicht, so dass sie den Zinnverkauf einschlafen liessen (auch USA-Gesellschaften waren enteignet worden) und die Wirtschaftshilfe einstellten – mit dem erklärten Ziel, die angeblichen Kommunisten auszuhungern. Doch auch ohne diese amerikanischen Repressalien wäre Boliviens Zinnbergbau wahrscheinlich rasch ein Zuschussgeschäft geworden, denn die vorherigen Besitzer, besonders die nordamerikanischen Bergbaugruppen, hatten die Löhne künstlich niedergehalten und Investitionen kaum vor-

genommen. Die Schwierigkeiten waren kaum lösbar: Die Lohnerhöhungen waren unerlässlich; doch der Zustand der Gruben liess sich aus Mangel an Kapital nicht verbessern. Investitionen vom Ausland (also vor allem von den Vereinigten Staaten tätigen zu lassen, konnte auch nicht im Interesse der Gruppe Paz Estonsoro-Lechin liegen: Das hätte erneut die gerade beendete wirtschaftliche Abhängigkeit vom Norden hergestellt.

Zudem rief die Krise des Zinnbergbaus wieder die in den Städten sitzenden Herrschenden von einst auf den Plan. Ihr Instrument wurde nach einigem taktischen Hin und Her General Barrientos Ortuño. Nach einem Zwischenspiel der Intrigen zwischen einigen reaktionären Gruppierungen, Paz und Lechin, errichtete er die Militärdiktatur; diese währt nun kaum zwei Jahre und ist erneut vor das Bergbauproblem gestellt. Die Bergarbeitergewerkschaft ist zwar offiziell verboten, arbeitet aber illegal mit immer mehr sich verstärkender Linkstendenz. Die Orte Oruro, Siglo und Catavi sind Zentren des Widerstandes.

Folgen aber die Anhänger Lechins doch immer noch gemässigten Zielen und haben sich die Behauptungen der Barrientos-Propaganda über deren angebliche Abhängigkeit von Moskau nicht beweisen lassen, so ist doch die Revolution Wirklichkeit geworden. Gegen den Militärherrscher von La Paz hat sich eine kleine Guerillatruppe erhoben, deren Zahl kaum die 100 überschreitet, die sich aber nicht fassen lässt.

Den Kleinkrieg im Tiefland des Amazonasbeckens und des Chaco kann die Barrientos-Armee nicht gewinnen. Unabhängige Zeugen melden bereits Fahnenflucht und Desertion zu den Partisanen. Deren geheimer Führer war kein anderer als «Che» Guevara. Sein Appell an die Havanna-Konferenz soll von den bolivianischen Urwäldlern ausgegangen sein, wo er sich aufhielt.

Aber selbst wenn «Che» nicht in Bolivien gewelt hätte, wäre fidelistischer Einfluss nachgewiesen. Den Barrientos-Truppen fiel nämlich im Partisanengebiet der junge französische Kommunist Régis Debray (26) in die Hände. Am 20. April wurde er in den Bergwäldern nahe Santa Cruz gefasst.

Die Militärregierung nahm zunächst an, Debray könne ihre Häscher direkt zu «Che» Guevara führen. Erst langsam dämmerte es ihr auf, dass Debray selbst eine bedeutende Rolle spielen könnte. Zwar war er zu dem erklärten Zweck nach Bolivien gekommen, neues Material zu einem Buch über den Partisanenkrieg zu sammeln. Doch er ist auch der Verfasser des bisher einzigen Buches, in dem eine geschlossene Theorie des kubanischen Anarchokommunismus gegeben wird («Revolution in der Revolution»).

Nach Debray ist der Aufbau einer bewaffneten Partisanengruppe das A und O der Revolution; die Organisation einer revolutionären (d. h. kommunistischen) Partei kann warten. Debray grenzt sich damit ebenso scharf vom Stalinismus wie vom Maoismus ab; auch der (in Bolivien seit alters

einflussreiche) Trotzismus ist für ihn Vorgeschichte. Die Mentoren der lateinamerikanischen Revolution sollen Simón Bolívar (der Anfang des vergangenen Jahrhunderts Südamerika gegen Spanien zur Unabhängigkeit führte, aber seinen Traum der vereinten südamerikanischen Nation nicht erfüllen konnte) und Fidel Castro sein.

Wie die Militärregierung Barrientos mit dem jungen Revolutionstheoretiker verfahren wird, ist noch nicht abzusehen. Wäre er bolivianischer Staatsbürger gewesen, hätte er die Verhaftung kaum überlebt. Sein französischer Pass rettete ihm vorerst das Leben. Zur Zeit wartete er in einem Gefängnis des Dschungelpostens Camirí auf den Prozess, der ihm eine dreissigjährige Haftstrafe eingetragen hat. Auch diese ist übrigens mörderisch.

Unterdessen kämpfen die Partisanen der Fidel-Richtung auch ohne ihren Theoretiker weiter. Ob sie zu gemeinsamer Aktion mit den Zinnarbeitern führen werden, kann für den Ausgang des Kampfes entscheidend sein.

Dass aber gekämpft wird, dass vor allem die Gegner des Regimes dauernd Zulauf erhalten, ist auf die unmenschlichen Lebensbedingungen der Arbeiter in den bolivianischen Hochländern, 2300 Meter über dem Meer, zurückzuführen. Die Lebenserwartung liegt bei 26 Jahren, das Durchschnittseinkommen einer Arbeiterfamilie nicht über einem Hundertstel dessen, was eine nordamerikanische Arbeiterfamilie ausgeben kann. Die Lebensführung der Oligarchie kann sich jedoch durchaus mit der der Reichen in den USA messen.

So trifft die revolutionäre Mission aus Havana auf den denkbar besten Boden, den Jahrhunderte spanischer Herrschaft und 150 Jahre wirtschaftlicher Unterentwicklung, verstärkt durch den Abfluss des Kapitals nach Norden, bereitet haben.

Dennoch: Lateinamerika muss nicht den Weg Kubas gehen. Es gibt noch Alternativen. Ein Beispiel hätte die Dominikanische Republik sein können. Dort war nach dem Sturz des unsagbar korrupten Trujillo-Regimes (1962) in den ersten freien Wahlen seit 1924 der sozialdemokratische Historiker und Reformator Juan Bosch zum Präsidenten gewählt worden. Dem Verfasser stellte er kürzlich bei einem Europabesuch sein Programm so dar: «Wir wollten die Grundlage dafür schaffen, dass die Entwicklung unseres Landes der Mehrheit unseres Volkes nützt, nicht aber ausschliesslich einer kleinen Gruppe von Unternehmern und Kapitalisten zugute kommt. Wir nannten das mit dem Schlagwort: Demokratie und soziale Gerechtigkeit; soziale Gerechtigkeit und Freiheit. Das waren präzise Ziele, und sie sind immer noch im Bewusstsein der Massen . . .»

Doch nach seiner Wahl im Dezember 1962 durfte Bosch nur zehn Monate lang regieren. Ein Putsch rechtsstehender Militärs stürzte ihn, und die Volksbewegung, die ihn im April 1956 wieder ins Amt bringen sollte, wurde von amerikanischen Interventionstruppen niedergeschlagen.

«Diese USA-Intervention in Santo Domingo hat in ganz Lateinamerika den Kommunismus begünstigt», sagt Juan Bosch mit resigniertem Unterton. «Die Reform der Gesellschaft ist zunichte gemacht worden.»

Er spricht auch von der Krise des Kontinents: «Der Kapitalabfluss setzt sich fort. Die Preise unserer Exportgüter liegen unter den Produktionskosten; folglich wachsen die Schulden. Technische Kapazitäten wandern ab, neue Investitionen werden nicht getätigt, es gibt keine neuen Arbeitsplätze. Auf der anderen Seite steht eine ungeheure Bevölkerungsexplosion, und schliesslich sind die Armeen in unseren Staaten mit teuren Waffen ausgerüstet, die im Ausland hergestellt werden und erst gekauft werden müssen.»

Juan Bosch befürchtet, dass nach dem Zusammenbruch des reformsozialistischen Versuchs die lateinamerikanischen Massen sich nun der Revolution verschreiben werden. Daran werde auch die Verkündigung neuer Entwicklungsprogramme durch die USA nichts ändern; seine Zusagen in Punta del Este habe der nordamerikanische Präsident nur gemacht, um in den USA den Eindruck zu vermitteln, er sei auch im Süden äusserst populär. (Dieser Tage erst hat der USA-Kongress, auf dem Hintergrund der wachsenden Kosten des Vietnamkrieges, den Rahmen der Entwicklungshilfe um 30 Prozent enger gezogen.) Juan Bosch lässt keinen Zweifel daran, dass er von Präsident Johnson bitter enttäuscht ist; in J. F. Kennedys politische Landschaft hatte er hingegen sehr gut gepasst.

«Heute bedeutet amerikanische Hilfe, dass der Empfänger sich politisch kompromittiert. Andererseits denkt die extreme Rechte, die Zurückweisung nordamerikanischer Hilfe und die Unabhängigkeit von Nordamerika laufe schon auf kommunistische Handlungen hinaus. Die Oligarchie ist bei uns in der Tat ausserordentlich primitiv», sagt der Reformsozialist aus Santo Domingo.

Diese Oligarchie aber macht bisher die lateinamerikanische Innenpolitik unter sich aus. Es sind überall die «grandes familias», die Parteien, Verwaltungen, Streitkräfte und Wirtschaft beherrschen. An Sozialreformen waren sie noch nie interessiert; die «Alianza para el progreso», die «Allianz für den Fortschritt» Kennedys steht noch immer nur auf dem Papier. Von der dort geforderten Bodenreform ist kaum etwas zu bemerken, sieht man von unzureichenden Versuchen in Chile ab; die Besitzenden, deren Mentalität für das Verständnis sozialer Probleme keinen Raum lässt, stützen sich eher auf die Waffen (im Zweifelsfall vom grossen Bruder aus dem Norden) als auf das Vertrauen ihrer Völker.

Die Zahl der aktiven Revolutionäre in Lateinamerika ist noch klein. Die Konferenz der OLAS in Havanna vertrat nur eine verschwindende Minderheit der Südamerikaner. Aber die Dummheit der Herrschenden kann dazu beitragen, dass diese kleine, in zahlreiche Fraktionen aufgeriebene Minderheit eines Tages die Zukunft des Kontinents bestimmt.